LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/8508
zu Drucksache 18/8357
11. 01. 2024

Antwort

des Ministeriums für Wissenschaft und Gesundheit

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Helge Schwab (FREIE WÄHLER)
– Drucksache 18/8357 –

Psychosoziale Beratungsstelle an der Universität Mainz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/8357 –** vom 18. Dezember 2023 hat folgenden Wortlaut:

In einem gemeinsamen „Brandbrief“ haben die Allgemeinen Studierendenausschüsse der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) Mainz, der Universität Trier, des Umwelt-Campus Birkenfeld und der Hochschule auf die Engpässe bei der psychotherapeutischen Betreuung von Studierenden in den örtlichen Beratungsstellen hingewiesen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die Situation an der JGU Mainz und den Umwelt-Campus gelegt wurde. Demnach wurden in der Corona-Zeit Zuschüsse für die Schaffung einer zusätzlichen Stelle eingesetzt. Die Mittel wurden nach Darstellung der Studierendenvertreter inzwischen wieder gestrichen. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie sind die psychologischen Beratungsstellen an der JGU Mainz und am Umwelt-Campus Birkenfeld personell ausgestattet?
2. Was wurde im Bereich der beiden psychosozialen Beratungsstellen gefördert?
3. In welcher Höhe wurden im Jahr 2023 (bis dato) Haushaltsmittel im Personalhaushalt im Bereich der Beratungsstellen eingespart?
4. In welche Gutachten wurden die eingesparten Personalkosten investiert?
5. Wie hoch sind die Aufwendungen des Landes für die psychologischen Beratungsstellen an der JGU Mainz und am Umwelt-Campus Birkenfeld im Vergleich zur Corona-Zeit?
6. Wie liegt der prozentuale Anteil bei der Finanzierung der Beratungsstellen über Studierendenbeiträge?
7. Gibt es aktuelle Zahlen, aus denen hervorgeht, wie viele Studierende in Mainz und Birkenfeld psychisch an den Folgen der Pandemie leiden?

Das **Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 17. Januar 2024

E: 11.01.2024
18/8508

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND GESUNDHEIT

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

11.01.2024

Kleine Anfrage des Abgeordneten Helge Schwab (FREIE WÄHLER):
betr. Psychosoziale Beratungsstelle an der Universität Mainz
- Drucksache 18/8357 -

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Landesregierung ist die psychische Gesundheit der Studierenden ein großes Anliegen. Die Gruppe der Studierenden ist seit der Covid-19-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und der wachsenden Inflation zunehmend von psychischen Problemen betroffen. Die Landesregierung möchte die Studierenden dabei unterstützen, ihre psychische Gesundheit bestmöglich zu schützen und zu erhalten. Dazu weiß die Landesregierung die Studierendenwerke in Rheinland-Pfalz seit Jahren als verlässlichen Partner an ihrer Seite. Diese Angebote werden durch weitere Angebote der Hochschulen oder auch kirchlicher Träger ergänzt und werden beispielsweise in Mainz zudem in enger Abstimmung mit der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz erbracht. In Mainz beträgt die Versorgung derzeit 0,2 Vollzeitäquivalente pro 1.000 Studierenden und liegt damit über der Versorgungsquote der Rhein-Main-Universitäten.

In Birkenfeld liegt die Quote bei 0,058 Vollzeitäquivalenten pro 1.000 Studierenden.

Zu den Fragen 2 bis 5:

Die psychosoziale Beratung hat sowohl während der Covid-19-Pandemie als auch derzeit keiner direkten Bezuschussung aus dem Landeshaushalt unterlegen. Es wurden somit keine Mittel umgewidmet.

Zu Frage 6:

Die psychosozialen Beratungsstellen der Studierendenwerke werden über den zu jedem Semester abzuführenden Sozialbeitrag der Studierenden an das jeweilige Studierendenwerk im Rahmen des Semesterbeitrags finanziert. Die Angebote der kirchlichen Träger sowie der Hochschulen speisen sich nicht aus studentischen Mitteln. An der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) hat sich das Studierendenparlament im Rahmen des eigenen Haushalts dazu entschlossen, eine Stelle zur psychosozialen Beratung zu finanzieren.

Zu Frage 7:

Derzeit liegen der Landesregierung keine genauen Daten vor. Um die psychische Gesundheit sowie die Resilienz der Studierenden durch Programme zur Gesundheitsförderung und zur Prävention zu fördern und langfristig zur Reduktion psychischer Belastungsfaktoren beizutragen, hat die Landesregierung das Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR) als Partner gewinnen können. Neben gezielter Resilienzförderung durch Einzel- und Gruppenangebote (sowohl online als auch in Präsenz) soll das Projekt, das im Januar 2024 startet und eine Laufzeit von einem Jahr hat, auch differenzierte wissenschaftliche Erkenntnisse über die tatsächlichen Bedarfe und die notwendige Verbesserung bestehender Angebote liefern und gleichzeitig auch zu einer Entlas-

tung der Wartelisten der psychosozialen Beratungsstellen der Studierendenwerke führen. Ziel der Landesregierung und aller eingebundener Akteure ist es, dass alle Studierenden zeitnah ein Beratungsangebot erhalten, das sie benötigen.

Clemens Hoch